Leistungen annehmen würde, die ihm auferlegt werden. Wenn Deutschland gemäß dem Versailler Vertrag entwaffnet würde, wäre es berechtigt, die Alliierten zu ersuchen, Polen zu zwingen, den Bestimmungen des Vertrages nachzukommen.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 9. Mai 1921.

—* **Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl.** Die gestern hier vorgenommene Stadtverordnetenwahl hatte folgendes Ergebnis:

Wahlbezirk	Stimmberechtigt	Gewählt	Beier (Unabh.)	Romberg (Bürgerl.)	Gleichheitsliste (Soz.)	+
1. Bezirk (Germania)	1048	884	286	213	381	4
2. „ (Kronprinz)	1923	1559	305	736	509	9
3. „ (Höpfner)	1235	1059	256	373	427	3
4. „ (Wett. Hof)	1414	1172	189	655	323	5
5. „ (Elbterrasse)	2291	1822	298	940	580	4
6. „ (Sächs. Hof)	1406	866	186	363	314	3
Zusammen	9317	7362	1520	3280	2534	28

Die amtliche Ermittlung des Ergebnisses findet heute abend statt. Voraussichtlich sind gewählt 9 Bürgerliche, 7 Sozialdemokraten und 4 Unabhängige, und zwar

von Liste Romberg (bürgerl.):
Romberg, Alfred, Bankdirektor
Bietzsch, Fedor, Fleischermeister
Tröger, Karl, Ob.-Bahnhofsvorsteher
Mende, Karl, Oberlehrer
Schinkel, Otto, Bürovorsteher
Röhrborn, Karl, Bäckermeister
Keßler, Wilhelm, Elektr.-Werks-Direktor
Freier, Carl, Werkmeister
Braune, Willi, Kaufmann;

von Liste Schönborn (Soz. P.):
Schönborn, Karl, Kolporteur
Günther, Gerhardt, Lehrer
Schneider, Max, Schlosser
Schlimpert, Bertha, Hausfrau
Mehlhorn, Alfred, Postbeamter
Richter, Max, Geschäftsführer
Illgen, Hermann, Schneidermeister;

von Liste Beier (U. Soz. P.):
Beier, Hermann, Gewerkschaftsbeamter
Johne, Johannes, Handlungsgehilfe
Doberenz, Otto, Gewerkschaftsbeamter
Klemm, Erwin, Kranführer.

Eine Korrektur des Ergebnisses der Stadtverordnetenwahl vom 30. Jan. d. J. ist durch die gestrige Wahl also nicht erfolgt. Es werden auch im neuen Stadtverordnetenkollegium 11 sozialistischen Vertretern nur 9 bürgerliche gegenüberstehen. Die Wahlbeteiligung war gestern gegenüber der voraufgegangenen Wahl etwas besser. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug am 30. Januar 9218, gestern 9317. Gewählt haben am 30. Januar 6490 Personen, gestern 7362. Es sind also gestern gegenüber der Wahl vom 30. Januar 872 Wahlberechtigte mehr an der Wahlurne erschienen. Die Zahl der Nichtwähler ist immer noch recht beträchtlich und betrug gestern nahezu 2000. Von den 872 Stimmen, die gestern mehr abgegeben wurden, fielen den Bürgerlichen nur 250 zu, die übrigen 622 Stimmen kamen den sozialistischen Parteien, in der Hauptsache der sozialdemokratischen, zugute.

Wir lassen hier nun eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der letzten Wahlen folgen:

Reichstagswahl 1920.
Bürgerliche Stimmen 4024
Sozialistische Stimmen 4014
Die bürgerliche Mehrheit betrug also 10 Stimmen.
Nicht gewählt hatten 579 Personen.

Landtagswahl 1920.
Bürgerliche Stimmen 3807
Sozialistische Stimmen 3690
Die bürgerliche Mehrheit betrug also 117 Stimmen.
Nicht gewählt hatten 1577 Personen.

Stadtverordnetenwahl 30. Jan. 1921.
Bürgerliche Stimmen 3030
Sozialistische Stimmen 3449
Die sozialistische Mehrheit betrug also 419 Stimmen.
Nicht gewählt hatten 2728 Personen.

Stadtverordnetenwahl 8. Mai 1921.
Bürgerliche Stimmen 3280
Sozialistische Stimmen 4054
Die sozialistische Mehrheit beträgt also 774 Stimmen.
Nicht gewählt haben 1955 Personen.

Nach dem Vergleich dieser Gegenüberstellung wird man auch nach der gestrigen Stadtverordnetenwahl nicht mit Bestimmtheit behaupten können, daß unsere Stadt über eine sozialistische Mehrheit verfügt, dazu ist eben die Zahl der Nichtwähler noch zu groß, und die Gegenüberstellung zeigt, daß, je größer die Wahlbeteiligung ist, umso besser die Aussichten für die Bürgerlichen werden. Unter den 1955 Personen, die gestern nicht gewählt haben, werden sich sicherlich viele befinden, die bürgerlich gesinnt sind und die bei einer Reichstags- oder Landtagswahl nicht der Wahlurne ferngeblieben wären, gestern aber aus irgendwelchen lokalen Ursachen auf ihr Stimmrecht verzichteten. Hätten sie ihre Bedenken zurückgestellt, so wäre es sicherlich ein Leichtes gewesen, ein Ergebnis wenigstens von 10 : 10 zu erreichen, das der Zusammensetzung unserer Bewohnerschaft gerechter geworden wäre, als das gestern zustande gekommene einer sozialistischen Mehrheit.

Auf der rechten Seite treten von den Gewählten vier neu in das Kollegium ein, nämlich die Herren Bürovorsteher Otto Schinkel, Bäckermeister Karl Röhrborn, Werkmeister Carl Freier und Kaufmann Willi Braune. Von den neun bürgerlichen Vertretern, die am 30. Januar gewählt wurden, kehren nur drei wieder: Fleischermeister Bietzsch, Ober-Bahnhofsvorsteher Tröger und Oberlehrer Mende. Die Herren Bankdirektor Romberg und Elektr.-Direktor Keßler haben dem Kollegium schon früher angehört. Wir wollen nun noch diejenigen Herren erwähnen, die am 30. Januar gewählt, aber für die neue Wahl nicht wieder aufgestellt waren. Es sind dies die Herren Kaufmann Adolf Bormann, Stellmachermeister Paul Müller, Bäckermeister Woldemar Roßberg, Kaufmann Ernst Winkler, Mühlenbesitzer Hugo Röhrborn und Studienrat Paul Schümann. Auf der linken Seite kehren alle am 30. Januar Gewählten in das Kollegium zurück, außer Herrn Lehrer Baumann, an dessen Stelle Herr Geschäftsführer Max Richter tritt.

—* **Ortsklassen-Einteilung.** Das Ortskartell Riesa des Deutschen Beamtenbundes ruft seine Mitglieder für Donnerstag, den 12. Mai, abends 7,30 Uhr nach Höpfners Saal zu einer Protestversammlung wegen der ungerechten Einstufung von Riesa-Gröba und der umliegenden Ortschaften im Ortsklassen-Verzeichnis. Das Referat hat der bewährte Spezialist auf diesem Gebiete, Herr Lehrer König, Gröba, übernommen. Zu dieser Versammlung sind auch der Deutsche Eisenbahner-Verband, die Angestellten- und die Kriegsbeschädigten-Organisationen eingeladen. Sie alle haben das größte Interesse an einer der Teuerung entsprechenden Einstufung der Beamtenschaft, [illegible]

—* **Ferienkolonie der Städt. Fachschule Riesa.** Heute morgen ging der erste Transport von zehn Kindern nach dem Bethlehemstift Hüttengrund, um dort fünf Wochen Erholung und Kräftigung zu suchen. Die Unkosten von 2600 Mark hat der Verein gern aus dem hierzu angesammelten Fonds bewilligt. Das Ferienheim Grubnitz wird Anfang Juli eröffnet und sollen dort 50 Kinder Aufnahme finden. Zu den Unkosten (etwa 11 000 M.) soll der Reingewinn von der demnächst stattfindenden Lotterie und eines am 12. Juni abzuhaltenden Sommerfestes verwendet werden. R.

—* **Die Baukostenzuschüsse.** Die Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei schreibt: Der Hauptausschuß A des Landtages hat sich in den letzten Tagen mit den Baukostenzuschüssen beschäftigt. Hierüber findet sich in der Presse ein Bericht, der von einer schlimmen Benachteiligung der sächsischen Großstädte durch die von der Regierung vorgeschlagene Verteilung der Zuschüsse spricht. Diese Auffassung wird den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht. — Es muß vorausgeschickt werden, daß die 280 Millionen Staatsmittel und die 140 Millionen Gemeindemittel, die für Baukostenzuschüsse zur Verfügung gestellt worden sind, in Sachsen durch Zuschläge zur Grundsteuer verzinst und getilgt werden sollen, und zwar sollen diese Zuschläge nur von bebauten Grundstücken nach Maßgabe der Brandversicherungsbeiträge erhoben werden. Die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Berichterstatter und der Regierung geht dahin, daß nach Ansicht des Berichterstatters die gesamten Staatsmittel, die in den Großstädten aufgebracht werden, grundsätzlich auch in ihrem Bezirke verwendet werden müssen, während die Regierung die Staatsmittel nach der Dringlichkeit der Wohnungsnot in den einzelnen Gemeinden verteilen will. Der Ertrag bemißt sich aber nicht nach den Brandversicherungswerten der Gebäude, die nach der Auffassung des Berichterstatters der Verteilung zu Grunde gelegt werden sollen, sondern nach anderen Gesichtspunkten. Die Regierung will hierbei von der Bevölkerungszahl ausgehen. Da nun nach dem Verteilungsplane des Landeswohnungsamtes im Durchschnitte Sachsens auf den Kopf der Bevölkerung 70 M. fallen und auf die Stadt Dresden 69,94 M. unter Einzurechnung ihrer wirtschaftlich eng mit ihr verbundenen Umgebung, also auf das sogenannte Groß-Dresden sogar 81,75 M., kann von einer schlimmen Benachteiligung der Großstädte jedenfalls nicht die Rede sein. Uebrigens ist zu bedenken, daß auch sonst Staatssteuern niemals bloß da verwendet werden, wo sie aufgebracht worden sind, sondern stets den Bedürfnissen des ganzen Landes dienen.

—* **Deutsch-demokratischer Frauentag in Chemnitz** am 30. April 1921. Gelegentlich des Landesparteitages der Deutschen Demokratischen Partei fand auch eine Frauentagung statt, die außerordentlich gut besucht war sowohl von weiblichen Teilnehmerinnen als männlichen Zuhörern, vermutlich weil die Wahl der auf der Tagesordnung stehenden Referate großes Interesse erregten. Frl. Stadtv. Else **Sander**-Leipzig sprach über: Die **Pflichtfortbildungsschule** und ihre Bedeutung für die Gestaltung der **Mädchenbildung**, und Frau Stadtverordnete Else **Königsdörffer**-Plauen über: Die **Frau in der Gemeinde**. Beide Rednerinnen boten ganz Vorzügliches, jeden Hörer Bereicherndes. Frl. **Sander** behandelte zunächst die verschiedenen Arten der Mädchenfortbildungsschulen, wie Großstadt, Kleinstadt und ländliches Gemeinwesen sie erfordern, den Zusammenhang mit eigentlichen Fachschulen und das Gemeinsame, das jede Mädchenbildung haben muß, indem sie den Jungmädchen sowohl die seelische Einstellung als gewisse praktische Kenntnisse für ihren künftigen Hausfrauen- und Mutterberuf vermittelt, wozu vor allen Lebenskunde, Säuglingspflege und Gesundheitslehre sowie Haushaltungs- und Handarbeitsunterricht gehörten. Alle diese Fächer seien durch Lehrerinnen zu besetzen, weil sie ganz anders als auch der beste Lehrer aus dem eignen seelischen und körperlichen Erlebnis der Frau heraus zu den Jungmädchen sprechen könnten. Vertraut zu machen mit dem Wesen der Mädchenfortbildungsschule und ihrem Ziel: Der Höherentwicklung unseres ganzen Volkes hätten sich aber vor allem auch Eltern und Arbeitgeber und hätten auch um den Preis persönlicher Opfer, um der Allgemeinheit willen, also praktisch national sich betätigend, dem Besuch der Fortbildungsschule günstig gesinnt gegenüber zu stehen. Insbesondere wurde der Schwierigkeiten gedacht, die den Hausfrauen durch den Schulbesuch der Hausangestellten entstünden und die den demokratischen Frauen obliegende Ueberwindung dieser Schwierigkeiten. — Frau **Königsdörffer** sprach über die Geeignetheit der Frau für den ehrenamtlichen Gemeindedienst, über das, was ihr dazu zunächst meist noch mangelt, und das, was sie dazu mitbringt. Sie faßte dieses ganze Problem sehr tief an als eine Sache nicht oberflächlichen Gleichseinwollens mit den Männern, sondern pflichtbewußten Bemühens um die Allgemeinheit, der auch die Frau künftig ihre reichen Gaben darzubringen hat. Die einzelnen, dem Wesen der Frau besonders entsprechenden Zweige unserer Gemeindeverwaltung wurden von ihr mit einer Sachlichkeit behandelt, die doch vom Zug weiblichen Empfindens durchhaucht war. Das Schulwesen, weil schon behandelt, nur kurz berührend, sprach sie vor allem über das große Gebiet des gesamten Wohlfahrtswesens, auf dem noch viel Neues und Nötiges anzustreben und auszubauen ist. Persönliche Erfahrung einer warmherzigen Frau, die überall aus den Darlegungen sprach, machten ihre Ausführungen besonders anziehend, sodaß sie ebenso wie die Vorrednerin mit lebhaftem Beifall bedankt wurde. — Eine rege Diskussion brachte kaum Widerspruch, vielmehr Ergänzungen zu den Ausführungen der Rednerinnen. Sie war wirklich ein Austausch, dessen, was die Frauen innerlich und erfahrungsgemäß mitgebracht hatten. So schloß die von Frau Stadträtin Marie **Stritt**-Dresden geleitete Versammlung mit einem vollen harmonischen Ausklang.

—* **Der Postdienst am Pfingstfest.** Am 1. Pfingstfeiertag findet vorm. die Ortsbrief-, Geld- und Paketbestellung sowie die Landbestellung wie werkt. statt. Am 2. Feiertag ruht auch die Ortsbrief- und Landbestellung. Im Uebrigen wird an beiden Tagen der Postdienst wie an Sonntagen wahrgenommen werden.

—ß **Preisprüfungswesen und Kartellwesen.** Der Landesausschuß des Sächsischen Kleinhandels in Plauen hat der sächsischen Handelskammer davon Kenntnis gegeben, daß sich die Klagen darüber mehren, daß das sächsische Landespreisamt anstatt seinen Abbau vorzunehmen, große Anstrengungen macht, die örtlichen Preisprüfungsstellen, die vielfach schon eingegangen wären, aufs neue auszubauen und ihnen erweiterte Befugnisse einzuräumen. — Des weiteren hat neuerdings die bayerische Regierung beim Reichsrat beantragt, die Reichsregierung möchte einen Entwurf zur Aenderung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 23. Dezember 1915 dahingehend vorlegen, daß der einheitliche, lückenlose Ausbau des Preisprüfungswesens über das ganze Reich durch die Länder gesichert wird. — Bayern hat außerdem den Antrag gestellt, das gesamte Kartell- und Verbandswesen in Industrie und Handel alsbald einer Untersuchung zu unterziehen und fortdauernd nach einheitlichen Gesichtspunkten zu beobachten und namentlich Vorschläge auszuarbeiten, in welcher Weise der Mißbrauch von Monopolstellungen durch diktatorische Auferlegung unbilliger Preis- und Absatzbedingungen auf Verarbeiter, Händler und Verbraucher abgerechnet werden kann. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat die sächsischen Handelskammern ersucht, hierzu Stellung zu nehmen: Die Anträge sind vor den Kleinhandelsausschüssen beraten worden. Auf Grund der dort gefaßten Beschlüsse ist berichtet worden, daß keinesfalls [illegible] weiteren Ausbau des Preisprüfungswesens, [illegible] mehr auf dessen Kosten angekommen werden müsse. Durch Verschärfung der bestehenden Preisprüfungsvorschriften könne nicht das Wort geredet werden. Die bisherigen Verschärfungen der Wucherbestimmungen hätten in keiner Weise den damit verfolgten Zweck, den Schleichhandel zu beseitigen, erreicht. Sie hätten im Gegenteil nur zu einer Verteuerung der Waren beigetragen. Würden die Vorschriften jetzt beseitigt, so dürfte dies keine schädigende Wirkung ausüben, da es den Amtsstellen überhaupt nicht möglich sei, auch nur einen geringen Teil der Preisüberschreitungen zu erfassen. Soweit die Preisprüfungsämter bisher durch Nachprüfungen eingegriffen hätten, seien die Erfahrungen in den meisten Fällen schlecht gewesen, da es vor allem an genügender Sachkenntnis gefehlt habe. — Was die Frage der Kontrolle des Kartellwesens betrifft, so vertreten die sächsischen Handelskammern den Standpunkt, daß dem Mißbrauch von Monopolstellungen seitens der Kartelle dadurch gesteuert werden könne, daß diese verpflichtet werden, ihren Abnehmerverbänden Sitz und Stimme in allen den Stellungen zu gewähren, wo es sich um die Festlegung von Preisen handelt.

—* **Postgebühren im Auslandsverkehr.** Briefsendungen nach dem Auslande, namentlich solche nach der Tschechoslowakei werden noch immer in großer Zahl unzureichend freigemacht. Die seit dem 1. April geltenden Gebühren betragen für Briefe bis 20 g 120 ₰, jede weiteren 20 g 60 ₰, Postkarten einfache 80 ₰, mit Antw. 160 ₰, Drucksachen für je 50 g 30 ₰, Geschäftspapiere für je 50 g 30 ₰, mindestens 120 ₰, Warenproben für je 50 g 30 ₰, mindestens 60 ₰, Mischsendungen für je 50 g 30 ₰, jedoch mindestens 60 ₰, wenn die Sendung nur Drucksachen und Warenproben enthält, sonst mindestens 120 ₰. Für Briefe ist kein Meistgewicht festgesetzt, für Drucksachen, Geschäftspapiere und Mischsendungen beträgt es 2 kg, für Warenproben 350 g. Ueber die Gebührensätze für die übrigen Versendungsgegenstände erteilen die Postanstalten Auskunft. Für Briefsendungen nach dem Freistaat Danzig, dem Memelgebiet, Westpolen (d. s. die an Polen abgetretenen deutschen Gebiete), Luxemburg, Oesterreich und Ungarn werden die Inlandsgebühren erhoben. Nur für Drucksachenkarten nach Westpolen beträgt die Gebühr 15 Pf. Da die vom Empfänger zu zahlenden Nachschußgebühren ungeteilt der Postverwaltung des Bestimmungslandes zufließen, erleidet die Reichskasse durch ungenügende Freimachung der Auslandsendungen sehr erhebliche Nachteile.

)(**Dresden.** Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß es sich dringend empfiehlt, bei Benutzung des Telefons das neue Fernsprechbuch einzusehen. Da 2500 Teilnehmer vom Hauptamt abgezweigt und an das Fernsprechamt Striesen angeschaltet worden sind, so hat sich hierdurch eine Aenderung ihrer Anschlußnummern notwendig gemacht. Durch die Nichtbefolgung dieses Rates wird das Hauptamt derart überlastet, daß die Herstellung der Verbindungen unvermeidliche Verzögerung erleidet.

* **Löbau.** Unter der hiesigen Bevölkerung hat das Gerücht große Erregung hervorgerufen, daß Molkereidirektor Schlnemann, der wegen Butterschiebungen vom Landgericht zu Bautzen zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt, aber auf freiem Fuße gelassen worden war, geflohen sei. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes konnte bisher nicht erlangt werden.

* **Crimmitschau.** Ueber 100 Kleinwohnungen sollen in Crimmitschau errichtet werden. Der dortige Gemeinnützige Bauverein hat ein 30000 qm großes Gelände gekauft und wird nun in Gemeinschaft mit einer Beamten- und Angestelltenvereinigung an die Errichtung der Wohnungen gehen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ein deutsch-russischer Vertrag. Im Auswärtigen Amte in Berlin wurde Freitag abend ein Abkommen zwischen Deutschland und Sowjetrußland zur Erweiterung des Tätigkeitsgebiets der beiderseitigen Delegationen sowie ein Ergänzungsabkommen über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten unterzeichnet. In dem erstgenannten Abkommen verpflichten sich beide Teile, die Tätigkeit ihrer Vertretungen streng auf die ihnen nach diesem Abkommen zufallenden Aufgaben zu beschränken und sich jeder Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die staatlichen Einrichtungen des Aufenthaltsstaates zu enthalten. Ferner regelt das Abkommen u. a. die Voraussetzungen des beiderseitigen Handelsverkehrs. Hierbei verpflichtet sich die Sowjetregierung, im Gebiete von Sowjetrußland Rechtsgeschäfte nur mit Schiedsgerichtsklauseln abzuschließen. Für die in Deutschland abgeschlossenen Rechtsgeschäfte unterwirft sie sich den deutschen Gesetzen, für privatrechtliche Verbindlichkeiten der deutschen Gerichtsbarkeit und Zwangsvollstreckung, soweit es sich um Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften mit Deutschen handelt, die nach Abschluß dieses Abkommens eingegangen sind. Deutschen, die sich nach Rußland begeben, wird die Unverletzlichkeit ihres gesamten mitgeführten sowie des in Rußland erworbenen Eigentums, nötigenfalls durch besondere Schutzbriefe, sichergestellt, sofern der Erwerb und die Verwendung den besonders getroffenen Vereinbarungen entspricht. In dem Ergänzungsabkommen über Kriegsgefangene ist besonders bemerkenswert die in Artikel 2 enthaltene Verpflichtung, alle Kriegsgefangenen ohne Unterschied in die Heimat zu entlassen.

Der unabhängige Landrat Kasparek verhaftet. Der „Halleschen Zeitung" zufolge ist am Sonnabend früh der ehemalige kommissarische Landrat des Kreises Sangerhausen, der unabhängige Redakteur Kasparek, auf Veranlassung des Sondergerichts verhaftet worden. — Das Erfurter Sondergericht, das am Sonnabend zusamengetreten ist, um gegen etwa 80 Kommunisten, Angehörige der roten Leuna-Armee, zu verhandeln, verurteilte 28 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis zu 2½ Jahren.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten hat sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts im Monat April d. J. um sieben Punkte auf 894 ermäßigt. Gegenüber dem im Januar erreichten Höchststand von 924 zeigt sich also für die von der Teuerungsstatistik erfaßten, lebensnotwendigen Bedürfnisse (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) eine geringe Abschwächung. Die Lebenshaltungskosten haben sich im April durch Preissenkungen für Fette, Fleisch, Eier und Fische in mehreren Städten ermäßigt. Da sich aber andererseits die Ausgaben für Gemüse, Heizung und Beleuchtung zumeist erhöhten, macht sich diese Erleichterung in der Indexziffer nur in geringem Maße geltend.

Republik Oesterreich.

—* **Kommunistische Ausschreitungen.** Aus Graz wird gemeldet: In einer von der christlich-sozialen Partei nach St. Lorenzen bei Karpfenberg in Steiermark einberufenen Wählerversammlung, in welcher der Landeshauptmann von Steiermark Professor Dr. Rieteleu und Landesrat Priesching sprechen sollten, kam es heute vormittag zu schweren Ausschreitungen. Im Saale waren Kommunisten aus dem in der Nähe gelegenen Bergwerk Parschlug in großer Anzahl erschienen, die auf den Tisch des Landeshauptmannes eindrangen. Schließlich stürzten sie diesen von dem ersten Stockwerk auf die Straße. Der Landeshauptmann konnte sich trotz der erlittenen schweren Verletzungen wieder erheben, doch die Menge lief ihm nach und schlug ihn zu Boden. Er wurde schwer verletzt und bewußtlos nach Graz gebracht. Auch Landesrat Priesching wurde von der Menge mißhandelt.

Die Anschlußfrage. Am Freitag fand in Wien unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Mayr eine Konferenz der Vertreter der Parteien und aller Ländern [illegible]